

Nummer 21 - April 1984

Verantwortlich:

Rainer Korte - Ursula Piek - Hermann Raufhake - Reinhold Thiede -
Holger Witschel - Frank Waike

Auflage: 150

Preis: 1,- DM

Anschrift: Hermann Raufhake, Rosenplatz 1, 4504 Georgsmarienhütte
Telephon: (05401) 4 07 16

Liebe Leser!

Vielleicht habt Ihr es schon bei der letzten Nummer der „ZdJ“ bemerkt, durch den neuen Hauptverantwortlichen hat sich einiges geändert. Verstärkt werden in der „ZdJ“ gewerkschaftliche Themen behandelt. Das heißt natürlich nicht, daß die Kommunalpolitik und die Friedensarbeit vernachlässigt werden. Gerade bei diesen Themen gibt es ja viele Berührungspunkte mit der Arbeitswelt. Zur Kommunalpolitik gehört auch die Erhaltung der Arbeitsplätze. Durch verstärkten Umweltschutz können Arbeitsplätze geschaffen werden. Nach einem Atomkrieg hat gewerkschaftliche Arbeit bestimmt keinen Sinn mehr, ganz abgesehen davon, daß durch den Wahnsinnsrüstungs-haushalt nicht mehr viel für die Sozialleistungen über bleibt.

Für die Friedensbewegung und für die Umweltschützer muß aber auch klar sein, daß sie ohne die Gewerkschaften nichts ausrichten werden. Deshalb sollten sie mehr Verständnis zeigen für die Hauptsorge der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen. Die Sorge um den Arbeitsplatz.

Aufmerksamen ZdJ - Lesern wird es nicht entgangen sein. Weil es zur Weihnachtszeit keine "ZdJ" gab, fehlte der Weihnachtsstern. Aber nun zu Ostern einen aktuellen Gruß aus der Tierwelt.



Natur und Umwelt

„Sie werden sich in Zukunft mit mir begnügen müssen, der Hase stirbt aus“

Neues aus der JUSO-AG

Es sind wieder Jusos in den Vorständen. Es sind allerdings weniger geworden. Im Ortsvereinsvorstand sind die Juso-Vertreterinnen auch Vertreterinnen einer anderen Minderheit. Sie sind die einzigen Frauen im Vorstand. Nur noch im Stadtbezirk Oesede gibt es dann einen weiteren aktiven Juso. Hermann Raufhake ist dort wieder Vertreter einer Minderheit. Er ist der einzige Arbeiter im Oeseder Vorstand.

Auch wenn bei den Vorstandswahlen die Jusos nicht so erfolgreich waren, in ihrer politischen Arbeit können Erfolge verzeichnet werden.

Die SPD Georgsmarienhütte hat sich nun mit großer Mehrheit gegen die Verlegung der B 51 ausgesprochen.

Ein Antrag der Jusos, daß die SPD Georgsmarienhütte die Gewerkschaften bei ihrem Kampf um die 35h - Woche unterstützt, wurde einstimmig verabschiedet. (Selbstverständlich!)

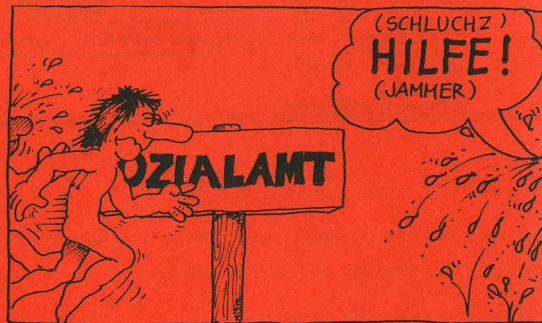
Auch an dieser Stelle sei auf die „Alternative Stadtrundfahrt“ hingewiesen. Los geht es am 12. 5. 84 um 14 Uhr vom Parkplatz hinter dem Rathaus. Rainer Korte hat in bewährter Weise alle Schandflecke unserer Stadt herausgesucht. Siehe Bericht im Inneren.

Heftige Diskussionen gibt es immer wieder in unserer AG, wenn es um die Formen der Arbeitszeitverkürzung geht. Natürlich sind alle für die 35h - Woche, aber wie es darüber hinaus weitergehen soll, ist bei uns umstritten. Siehe Bericht .

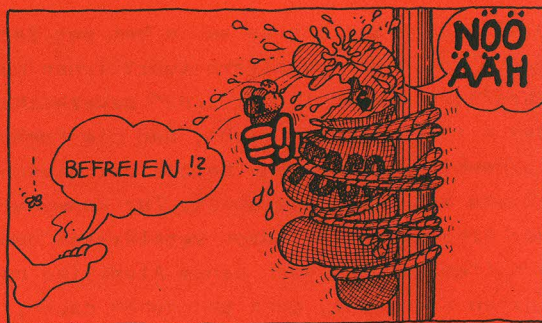
Man muß es zugeben. Es ist ein herber Verlust für uns Jusos, daß Reinhold Thiede für die kontinuierliche Arbeit nicht mehr zur Verfügung steht. Sein Arbeitseifer und besonders sein Auto fehlt der AG. Trotzdem viel Glück in Berlin, Reinhold.

Dann gab es noch eine Juso - Unterbezirkskonferenz. Es ist endlich gelungen, daß kein Juso aus Georgsmarienhütte im Vorstand des Unterbezirkes ist. Wir waren heftig umworben, aber wir blieben hart. Für politische Arbeit in so einem großen Unterbezirk sehen wir keine Chance. Wir bestehen zuerst auf eine Neuorganisation des Unterbezirkes, so daß politische Arbeit und für uns die Arbeit im Vorstand sinnvoll ist. Wie üblich wurden entsprechenden Anträge von uns abgelehnt.

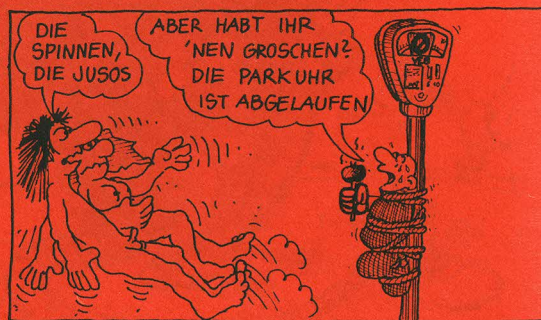
Wie die Jusos unter heftigem Würgen



eines guten Tages



zu einer realistischen Strategie kamen!



Jahreshauptversammlung

Auf der letzten Jahreshauptversammlung der SPD-Gmhütte standen neben den Vorstandswahlen verschiedene Anträge auf der Tagesordnung. Die Mehrzahl der Anträge war unumstritten: Die Unterstützung der Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche etwa oder die Ablehnung der von der SPD-Bundestagsfraktion gebilligte Diätenerhöhung. Kontrovers waren eigentlich nur zwei Anträge: (1) Die - schließlich mehrheitlich beschlossene Ablehnung einer Verlegung der B-51 durch Musenberg und Freden bei gleichzeitiger Forderung kurz- und mittelfristig realisierbarer Entlastungsmaßnahmen für die Anlieger der B-51. (2) Die Forderung, Gerd Schröders Kandidatur als Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD im nächsten Landtagswahlkampf zu unterstützen; dieser Antrag wurde - unter recht fadenscheiniger Begründung - nicht weiter diskutiert.

Die Vorstandswahlen schließlich verliefen insgesamt gesehen recht frustrierend. Gerd Brouwer und Rainer Korte - zwei der aktivsten Sozialdemokraten unseres Ortsvereins - wurden nicht in den Vorstand gewählt (sie hatten für die Position des Stellv. Vorsitzenden bzw. des Kassierers kandidiert). Bezeichnend ist dabei vor allem, daß nur gegen diese beiden Kandidaten des "linken Flügels" unseres Ortsvereins Gegenkandidaten aufgestellt worden waren - bei allen anderen zu besetzenden Vorstandsposten gab es nur jeweils einen Kandidaten! (Siehe dazu auch den folgenden Kommentar!) Das Fähnlein der Jusos halten im neuen Vorstand Uschi Piek als Bildungsobfrau und Waltraud Schürmeyer als Beisitzerin aufrecht.



Parteiarbeiter abgeschmettert; dann werden, natürlich ohne vorhergehende Debatte - wo kämen wir denn hin, wenn über so etwas gar diskutiert würde - Gegenkandidaten zu den 'linken' Vorstandskandidaten durchgeboxt. Ist ja ganz schön, daß ein paar Aktive für die Partei die Arbeit machen - aber daß die dann so unverschämt sind und auch noch in den Vorstand wollen...?

Dieses Verfahren ist natürlich völlig in Ordnung, schließlich sind wir ja 'ne demokratische Partei und Mehrheit ist nun mal Mehrheit, auch wenn's 364 Tage im Jahr 'ne schweigende Mehrheit ist. Daß man dabei irgendwann einmal die Lust verliert, für diese Partei die Alltagsarbeit zu machen, ist wohl nicht ganz ausgeschlossen. Dann könnte es sein, daß es eines Tages in Gmhütte nicht nur eine schweigende Mehrheit in der SPD gitb, sondern eine schweigende Partei.

Und Schweigen ist oft die Vorstufe des Todes...

P.S.: Eine Woche nach der mit über 50 Mitgliedern gut besuchten Jahreshauptversammlung veranstalteten die Jusos einen Filmabend in Kloster-Oesede. Weil wir in dieser schwärzesten Ecke Gmhüttes auch mal zeigen wollten, daß es die SPD noch gibt, hatten wir auf der Jahreshauptversammlung an die über 50 erschienenen Genossen ein Flugblatt mit Hinweisen auf den Filmabend verteilt. Der Erfolg: von den rund 50 Genossen kamen zu unserer Veranstaltung - 2! (in Worten: "zwei"). Aber ist ja auch klar: war ja keine Hauptversammlung, es sollte ja nicht gewählt werden!

Manchmal glaubt man, diese Mehrheit ist nicht nur schweigend, sondern auch blind und taub.

Kommentar

Die schweigende Mehrheit

Es gibt in unserer Partei Mitglieder, die gibt's garnicht. Nein, falsch - es gibt sie schon, man sieht sie nur nicht. Nein, auch nicht richtig - man sieht sie schon, aber nur sehr selten. Und zwar immer dann, wenn es in Versammlungen darum geht, bestimmte Anträge und Personen 'durchzuboxen' oder 'abblitzen' zu lassen. Man kennt das Spielchen ja schon: in der alltäglichen Parteiarbeit rackern sich ein paar Leute ab, sorgen dafür, daß der 'normale Bürger' wenigstens ab und zu mal bemerkt, daß es die Oppositionspartei SPD auch hier in Gmhütte gibt - und 90 % der hiesigen Genossen sind auf Tauchstation. Wenn aber die alljährlichen Ortsvereinshauptversammlung kommt und eventuell einige umstrittene Anträge oder gar Vorstandswahlen auf der Tagesordnung stehen - dann plötzlich sind sie alle da, die selten gesehenen, fast schon vergessenen Gesichter. Dann werden mit Inbrunst die Anträge der zwar das ganze Jahr über aktiven, aber leider nicht dem 'richtigen' Flügel angehörenden

Der neue Vorstand des Ortsvereins Gmhütte!

Vorsitzender	: Klaus Kraegeloh
Stellvertreter	: Volker Haas
	: Alfons Tiemann
1. Kassierer	: Wilfried Vorkefeld
2. Kassierer	: Bernhard Wrocklage
Schriftführer	: Friedel Timmermann
Pressewart	: Eckhard Degen
Bildungsobfrau	: Ursula Piek
Beisitzer	: Oskar Hummel
	: Waltraud Schürmeyer

- noch'n Kommentar

Warum schweigt die Mehrheit?

Ärgerlich ist es schon. Da arbeiten tatsächlich nur wenige Genossen kontinuierlich und "rackern" sich ab. Zu Jahreshauptversammlungen tauchen dann die sog. Kartelleichen auf, lassen "abblitzen" und "boxen" durch. Wer hier aber Absicht oder sogar Böswilligkeit (?) unterstellt, der verkürzt das Problem in unzulässiger Weise. Wer sind denn die Genossen, die sich abrackern? In der Mehrzahl doch Leute, die von ihrem Beruf und ihrer Stellung her in der Lage sind, sich abzurackern. Und die Kartelleichen? Arbeiter, die eine Jahreshauptversammlung noch so wichtig nehmen, daß sie wenigstens dann noch kommen.

Ob sie bewußt von regelmäßiger Parteiarbeit abgehalten werden? Nein, sicherlich nicht - aber sie werden abgehalten! Zuerst einmal durch ihren Beruf. Welcher Lehrer, Student oder Beamte kann nachvollziehen, was es bedeutet, acht Stunden körperlich zu malochen - und dann zu Versammlungen zu gehen! Versammlungen, wo die brennendste Sorge der Arbeiter nicht behandelt wird. Umweltschutz, Straßenbau usw. ist natürlich ungeheuer wichtig, wie Arbeitsplätze geschaffen oder wenigstens erhalten werden können ist aber genauso wichtig, wird bei uns im Ortsverein aber als Nebensache behandelt. Und dann, liebe Genossen Lehrer und Studenten, dauern die Versammlungen einfach zu lange. Wenn man zur Frühschicht muß, kann man nicht bis Mitternacht in Kneipen rumhocken.



Und wie sieht es in den Gremien der Partei aus? Wie ist da die größte Gruppierung vertreten, die Arbeiter? Wenn nicht einige Betriebsräte und Rentner in den Vorständen wären, blieben von 46 Vorstandsmitgliedern ganze 2 Arbeiter übrig. Sicher nicht, weil sie nicht wollen, die Arbeiter, sondern weil sie Erfahrungen gesammelt haben. Wenn ein Lehrer Elternsprechtag hat oder ein Beamter einen beruflichen Termin, werden problemlos Sitzungen verlegt. Wenn ein Arbeiter z.B. Schicht hat, wird gesagt, daß man es ja nicht allen recht machen könne und auch nicht immer alle da sein könnten. (Na ja, ganz stimmt das nicht, die Lehrer und Beamte, die ich hier nicht meine wissen schon bescheid!)

B-51

In der Problematik der B 51-Verlegung haben sowohl die SPD-Oesede wie der SPD Ortsverein GMHütte grundlegend umgedacht.

Vor Jahren hatte der Ortsverein mit einer Stimmer Mehrheit die Verlegung der Bundesstraße in Oesede-Süd bejaht. Bedingungen waren damals:

- völlige Schließung der vorhandenen Trasse (außer Bus-Verkehr);
- Erstellung eines ökologischen Gutachtens für die zu zerstörenden Waldgebiete;
- Umgehung nur in Form einer gleichzeitigen Lösung mit Bad Iburg.

Im März dieses Jahres haben sich die SPD-Oesede bei 2 Gegenstimmen und die SPD in Gesamt-GMHütte mit 47 : 4 Stimmen eindeutig gegen die geplante Umgehungsstraße ausgesprochen.

Diese beiden neuen Beschlüsse sind Ausdruck des Umdenkungsprozesses, der insbesondere durch das katastrophale Waldsterben beschleunigt worden ist. Ohne Wenn und Aber ist die SPD in GMHütte für den Schutz unserer restlichen, wenigen, verbliebenen Umwelt! Allerdings ist unsere Position dennoch offen für die besonderen Belange



Titel aus der ZdJ Nr. 8, 1979

B-51

Abschließend bleibt jedoch festzuhalten: Vor Ort werden wir die immensen Probleme, die mit dem Individualverkehr entstehen, nicht lösen können - weder mit noch ohne Verlegung!

Unsere Umwelt ist auf Dauer nur zu schützen bzw. in Teilen wieder herzustellen, wenn der Autoverkehr umfassend abgebaut wird und der öffentliche Nahverkehr flächen- und zeitdeckend ausgebaut wird.

Frederiks Hof

In der letzten ZdJ war in einem umfangreichen Artikel zu lesen, warum der Bau von 'Frederiks Hof' zu unterstützen sei - auch von linken Kommunalpolitikern. In dieser Nr. nun vom gleichen Autor eine Darstellung, warum dem Heede-Projekt nicht (mehr) zugestimmt werden kann.

Eins vorweg: es war ein Fehler, dem Projekt überhaupt die Ja-Stimme zu geben. Glücklicherweise ist rechtlich gar nichts verloren, da es bezüglich des Bebauungsplanes noch keinen rechtsverbindlichen Satzungsbeschluß gegeben hat.

Doch nun zur Begründung des 'Umdenkens':

1. Die Finanzierung des Projektes ist seitens der Kommunalpolitiker nicht ausreichend geprüft worden, konnte nicht geprüft werden, da die Unterlagen in keiner Weise vorlagen. Bei dieser nicht vorhandenen Information ist die einzige Konsequenz: Ablehnung.
2. Ein Konzept hat für die Politiker nicht vorgelegen - bei einem Projekt dieser Größenordnung bleibt als Folgerung nur: 'Ablehnung.'
3. Es wurde doch wohl unterschätzt, was bei einem Scheitern des Vorhabens während der Bauphase passieren könnte. Bauruine oder andere Nutzung - da wäre wohl Letzteres eingetreten und damit möglicherweise eine Nutzung, die wir nicht wollen!
4. Während der ganzen bisherigen Planung kamen die Informationen überhaupt nicht, allenfalls mal gerüchteweise. Auf präzise Fragen aus dem Stadtrat

Unsere Forderungen bleiben:

- keine Verlegung der B 51!
- Bau eines Straßentunnels oder einer Unterpflasterstraße in Oesede-Süd;
- Aufbau eines Zeittakt-Verkehrsbundes für Georgsmarienhütte unter Einbeziehung von Bus und Schiene!
- Prüfung der Möglichkeiten von Kleinbusfahrten für abgelegene Haltestellen;
- d.h., wir sind für eine politische Entscheidung auf jeweils allen Ebenen, die bewußt öffentliche Ausgaben für den öffentlichen Personennahverkehr will!

konnten oder wollten die Zuständigen keine Antworten geben. Wenn man an die Behandlung der Anfrage der UWG in der letzten Ratssitzung denkt, so wurde dort deutlich, daß solche Fragen wohl auch gleichzeitig Majestätsbeleidigung der politischen Vorkämpfer des Heede-Projektes sind.

Wer notwendige Fragen und Bitten um Information derartig herablassend behandelt und nicht ein Minimum an Information gibt, der macht deutlich, daß an diesem Bauvorhaben entweder nichts mehr dran ist oder aber, daß nicht alles astrein ist. Konsequenz aus dem ganzen Verfahren

von der bisherigen Beschlußfassung bis heute: Ablehnung.

5. In der letzten ZdJ wurde auf die Konkurrenz zwischen den Kommunen angespielt. Bei einer nochmaligen Überlegung dieses Aspektes entsteht heute ein anderes Urteil: Eine unausgelastete Stadthalle Osnabrück, Kurorte Bad Iburg, Laer und Rothenfelde in nächster Umgebung lassen ein ähnliches Vorhaben in GMHütte nicht zu. Kommunalpolitiker sind nicht dazu da, sich von verschiedenen Kapitalinteressen gegeneinander austricksen zu lassen.

Fazit: Mehr Überlegung (und mehr Zeit zum Nachdenken) hätten uns schon damals zur einzigen richtigen Entscheidung kommen lassen können: A b l e h n u n g des 'Frederiks Hof'!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Bürgerantrag

Premiere nennt es Bürgermeister Siepelmeier - vierstündige Mischlieferungsaktion wäre eine bessere Bezeichnung.

Man hätte die "Debatte" auch umfunktionieren können, indem die 45 Zuschauer (20 Sympathisanten, 15 Zuhörer) Bewertungsbögen bekommen hätten, um die Rhetorikkünste der Ratsherren zu bewerten. Mit den Notizen wären die CDU-Ratsherren bei dieser "buntesveranstaltung für Rhetorik" allerdings nicht gut weggekommen. Diese Leistungen sind aber wohl hautschönlich Ratsherr Junke zuzurechnen, währenddessen anderen Ratsherren nur Notizen für das Ablesen vom Blatt zu geben wären. Wie aber auch Bürgermeister Siepelmeier entschuldigend sagte, kann nicht jeder reden, als ob er das Abitur hätte. Man kann jedoch keinem das Recht absprechen, seine Ängste auszudrücken.

Die Argumentationsweise in den 20 Wortbeiträgen der CDU war eher resigniert, einem Angst einzujagen.

Hier einige Zitate:

"Gewaltfreiheit darf man nicht bei anderen erzwingen" - gemeint sind die Pazifisten, die durch einen Bürgerantrag versuchen, Gemeinsamkeit gegen Atomwaffen zu erreichen. Aber die UdSSR soll durch Aufrüstung zur Gewaltfreiheit (d.h. Verzicht auf Waffen) gezwungen werden.

"Friedenspolitik muß auch bereit sein, mili-

tärische Mittel einzusetzen" - Auch wenn man sich dadurch selbst vernichtet?

"Die Bergpredigt ist kein pazifistisches Programm."

"Jene, die meinten Krier zu verhöhnen, haben ihn ermächtigt" (Zitat von Winston Churchill) - "Meiner Geißler spricht aus aller Munde! Die CDU-Reden zeigten, wie man auch mit vielen Worten sprachlos sein kann. So drückte sich dann auch jene Angst aus, die Bürgermeister Siepelmeier zum Schluß ansprach. Diese Ängste haben ihn jedoch nicht gehindert, taktische Spielchen zu betreiben, um die Befürworter des Bürgerantrages in eine unmögliche Lage zu bringen. Er ließ in einer einzigen Abstimmung über zwei Punkte auf einmal entscheiden, die den folgenden Wortlaut hatten:

1. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte unterstützt alle realistischen Bemühungen irgendwo in der Welt, die dem Frieden dienen.

2. Er hält eine Beschluffassung über den Bürgerantrag wegen fehlender Zustimmung nicht für zulässig.

Hat man in allem Ernst vor, mit dieser Kopplung zweier, sich meiner Ansicht nach widersprechende, Punkte die Bürgerantragsbefürworter, die eine Beschluffassung anstreben, als Friedensgegner hinzustellen?

Wir dürfen nicht aufgeben!

Es war ja vorauszusehen, daß der Bürgerantrag durch die CDU-Mehrheit im Rat abgeschmettert würde. Die Hauptsache ist aber erreicht. Durch unseren Antrag haben wir das Problem der Hochrüstung vielen Bürgern klargemacht. Den Unterzeichnern des Antrages und noch vielen Bürgern mehr kann man nichts mehr vormachen in Sachen Rüstung. Wir dürfen uns jetzt nicht auf die faule Haut legen. Wir müssen den Regierenden weiter klar machen, daß sie uns nicht zu Tode verteidigen dürfen. Zunehmend wird es vielen Bürgern klar, daß sie die Rüstung selbst bezahlen müssen. Das viele Geld, das für die Rüstung zum Fenster herausgeworfen wird, fehlt bei den Sozialleistungen, für die Bildung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die beste Verteidigung für einen Staat sind zufriedene Bürger, die es für wert halten ihr Land zu verteidigen. Deshalb muß die Friedensbewegung ihre Berühmungsängste gegenüber den Gewerkschaften aufgeben. Nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kann es geschafft werden, den Rüstungsüberbau zu stoppen!

Bürgerantrag

Wie dargestellt ist der Bürgerantrag zur 'Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Georgsmarienhütte' per Ratsbeschluss für unzulässig erklärt worden. Im Klartext bedeutet dies: die CDU-Mehrheit hat ihn unter Vorspiegelung formaler Gesichtspunkte abgelehnt. Damit war zu rechnen, damit haben wir gerechnet. Was gibt dem ganzen Vorgang Neuigkeitswert, was macht ihn dennoch interessant?

Zunächst einmal, daß sämtliche Mitglieder der SPD/FDP-Gruppe bis auf eine Enthaltung gegen die CDU gestimmt haben - damit war nicht zu rechnen. Zudem ist jetzt jedem klar, wo die Befürworter der Pershing II, wo die Gegner sitzen.

Das Wesentlichste an diesem Vorgang waren jedoch die inhaltlichen Aspekte, die sich in der Ratssitzung darstellten. Offenkundig hatte die CDU einen durchgehenden Text vorab erstellt, aus dem jedes Fraktionsmitglied (20-fach!) jeweils ein Teilstück vorlas. Diese Vorgehensweise verhinderte natürliche jede Diskussion - es fand eine Aneinanderreihung von Statements statt. Wunderbarerweise hatte der Bürgermeister, obgleich nicht alle CDU-Leute aufgezeigt hatten, zudem ein großes Durcheinander herrschte, eine komplette Rednerliste und Reihenfolge zusammen.

Wir wollen auch nicht weiter darauf herumreiten, daß in den CDU-Beiträgen strategische und taktische Atomwaffen ganz nach Belieben durcheinander geworfen wurden oder russische Backfire-Bomber (eine amerikanische Bezeichnung) als US-Bomber bezeichnet wurden, die die USA angeblich zurückgezogen hätten, ebensowenig wollen wir im Detail kritisieren, daß die Kräfteverhältnisse völlig einseitig dargestellt wurden oder die christlich/katholische Soziallehre für recht eigenwillige Aufrüstungsbegründungen herhalten mußte. Massiv zu kritisieren ist aber folgendes:

Die CDU hat die alten Feindbilder aus Zeiten des Krieges und des kalten Krieges fast vollständig konserviert. Da wird vom Willen "bis zum letzten Blutstropfen" gegen die Russen zu kämpfen gefaselt, da wird Aufrüstung als Verteidigung der Freiheit deklariert, uns vorgeworfen, die Interessen der UdSSR zu vertreten, die NATO als große

Freiheitsbewegung beschworen (was sich ja tagtäglich in der Türkei beweist!), von Ordnung im Frieden schwadroniert, kurzum, das gesamte Denken der CDU bewegt sich in klaren Feindbildern, alten antikommunistischen Denkschablonen und einem durchgängig militärischen Denken.

Der CDU geht völlig ab, daß 'die Russen' legitime Interessen haben, daß sie möglicherweise uns so sehen wie wir sie, daß die UdSSR mit 20.000.000 Toten im 2. Weltkrieg infolge des Überfalls durch Deutschland eine nachhaltige Erfahrung gemacht haben, die Mißtrauen gegenüber dem Westen als lebensnotwendig erscheinen lassen.

Für die CDU gibt es auf der einen Seite die Bösen (der Feind, die anderen..), auf der anderen Seite die Guten (wir selbst, natürlich). Grundmuster dieses letztlich aggressiven Denkens ist, daß 'der andere' erst so werden muß wie ich selbst schon bin - erst dann kann ich ihm trauen. Nach diesem Denken ist wirklicher Friede erst möglich, wenn der andere sich komplett ändert.



Ein solcher politischer Grundansatz ist borniert, egoistisch, pharisäerhaft, aggressiv und mordsgefährlich. Diese Politik - vom amerikanischen Präsidenten in Reinkultur vorgeführt - führt mit großer Wahrscheinlichkeit in die Katastrophe.

Das haben wir gelernt bei der Ratssitzung: die CDU will wohl Frieden, aber Frieden ausschließlich zu ihren Bedingungen; sie ist wohl tolerant, aber nur zu denen, die fast genauso denken wie sie; sie ist für Freiheit, aber nur für Freiheit der Wirtschaft (= Freiheit, Profit zu machen) und für Freiheit innerhalb eines bestimmten politischen Spektrums (was die CDU natürlich definiert!)

Strategiediskussion

Weiterhin wird die Kommunalpolitik für die Jusos ein wichtiges Thema bleiben. Um neue Aktivitäten zu planen, wurde ein Seminar zu diesem Thema angesetzt. Das wichtigste für uns ist die Erhaltung einer Umwelt, in der wir überleben können. Da ist z.B. der „Sauere Regen“, der jetzt auch Georgsmarienhütte erreicht hat. Neben den bekannten Auswirkungen, wie Aussterben der Waldpflanzen und der Abnahme der Sauerstoffproduktion, gibt es auch weniger bekannte Folgen, die direkt die Kommune angehen. So sinkt der Grundwasserspiegel, weil der Boden nach dem Absterben der Bäume kein Wasser mehr speichern kann. Die Trinkwasserversorgung ist gefährdet. Außerdem läßt durch den „Sauerer Regen“ die Reinigungsfähigkeit des Bodens nach und die Qualität des Trinkwassers ist gefährdet. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, die Luftverschmutzung wirksam zu bekämpfen. Katalysatoren in Autos und Filteranlagen bei Kraftwerken und Industrieanlagen müssen möglichst bald Vorschrift werden. (Auch bei Klöckner in Georgsmarienhütte) Das Argument, dadurch würden Arbeitsplätze vernichtet stimmt nicht. Gerade Maßnahmen zum Umweltschutz schaffen Arbeitsplätze.

Sondermüll

Unmittelbarer Ausdruck einer nicht ganz erfolglosen Umweltpolitik hier in GM-Hütte ist die nun schon zum 3. Mal stattfindende Sondermüll-Sammelaktion. Am Freitag, den 11. Mai 1984 kann in der Zeit von 10 - 18 Uhr jeglicher Sondermüll auf dem Kirmesplatz in Oesede abgegeben werden. Sondermüll ist z.B.: Lacke, Farben, Fette, Öle, Pflanzenschutzmittel, Verdünnungsmittel, Gifte, Medikamente, Chemikalien, Autobatterien, Fotochemikalien, Reinigungs- und Putzmittel, Batterien, Knopfzellen, Friteusenfette und ähnliches. All diese Reste gehören nicht in den Müll, da dann unsere Nachfahren oder wir selbst mit den Folgen beglückt werden (siehe z.B. Hamburg-Georgswerder). Daß solche Aktionen nur Tropfen auf den heißen Stein sind, versteht sich von selbst. In der Umweltpolitik versagen weiterhin die Landes- und Bundespolitiker, bestimmen weiterhin die großen Kapitalgesellschaften, wie weit Umweltschutz in der BRD gehen darf. Aber: Viele Tropfen auf den heißen Stein kühlen ihn etwas ab!

Schluß sein muß auch mit der Vernichtung von Landschaft, durch Straßenbau z. B.. Aber auch der einzelne Bürger kann zum Umweltschutz beitragen. Wir Jusos werden durch Flugblätter und Marktständen versuchen, den einzelnen Menschen zum aktiven Umweltschutz zu bewegen.

- was der Einzelne tun kann

Der Bürger soll darauf hingewiesen werden, daß auch er einen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann; durch Benutzen von Umweltschutzpapier, Kauf von Pfandflaschen statt Dosen und Einwegflaschen, kein Kauf von Produkten, die zu umfangreich verpackt sind usw. Zu dem Thema „Müll - Rohstoff statt Schadstoff“ soll, in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, eine Ausstellung gezeigt werden.

In naher Zukunft ist ein weiteres Seminar geplant zu dem anderen lebenswichtigen Thema dieser Zeit, den Arbeitsplätzen. Es sollen Vorschläge erarbeitet werden, was in unserer Kommune gemacht werden kann.



Spitze vom Giftberg

Waldsäuberung

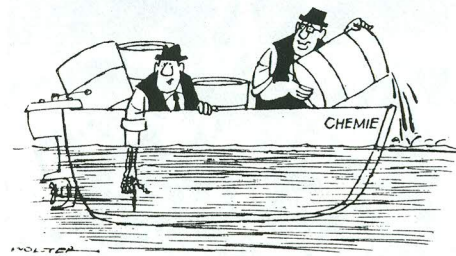
Am 5. Mai findet wieder eine Waldsäuberungsaktion durch die SPD statt. Der Stadtbezirk Oesede und der Stadtbezirk Alt-Georgsmarienhütte werden den Wald am Kasino - Park säubern. Helfer sind herzlich willkommen!

Säuresteppe

Es macht sich immer gut, in Zeitungsartikeln von Erfolgen zu schreiben. Von einem solchen, jedoch traurigen, Erfolg habe ich hier zu berichten.

Die Waldführung im Forstamt Falsterkamp unter der Führung von Herrn von Benft wurde gut besucht. Alle wollten wissen, was wirklich am Waldsterben dran ist, und in welchen Erscheinungsformen sich das „Sterben“ äußert. Die Informationen waren ausführlich und erschreckend zugleich. Zu Beginn sagte Herr von Benft, daß ein gesunder Tichtenbaum 5-8 Nadeljahrgänge trägt. So zeigt es sich, daß es in den meisten Wäldern zwar kaum einen toten Baum gibt, aber schon 70% des Nichtenbestandes im Forstamt Falsterkamp ist geschädigt, was man daran sieht, daß die Tichten nur noch 2-3 Nadeljahrgänge tragen. Der Baum erscheint so noch grün und gesund. Jedoch ist die Erkrankung leicht zu erkennen, wenn man vom Stamm aus aufwärts sieht. Ist die Krone zu erkennen, so fehlen schon 2/3 der Nadeln. Der erkrankte Stoffwechsel der Bäume zeigt sich auch daran, daß die kleinsten Äste, die die Nadeln wie Lametta tragen, abwärts hängen.

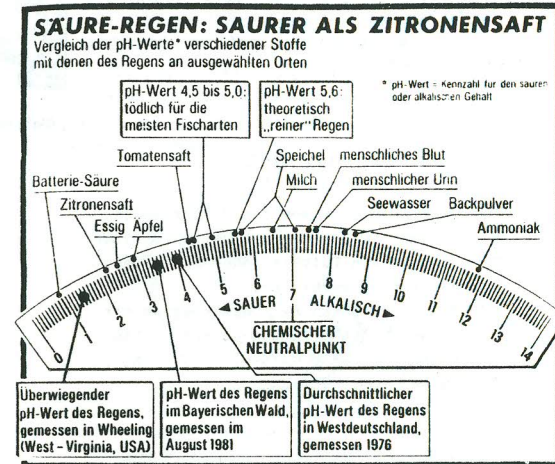
Selbst die jungen Bäume, die noch alle Nadeljahrgänge aufweisen, sind schon angegriffen. Sie zeigen an der Oberfläche eine Gelbfärbung, die vom Magnesiummangel herrührt. Dieser Mangel hat insofern etwas mit Umweltzerstörung zu tun, als daß UV-Strahlung aus den Verschmutzungen der Luft Ozon und Photooxydantien produziert, die die Nadelhaut angreifen. Als Folge kann Magnesium aus den Nadeln herausgewaschen werden. Düngen hätte also wenig Sinn, wobei die Mineralien durch den „Saurer Regen“ verstärkt aus dem Boden ausgewaschen werden.



Wolter

„Nur weiter, der PH-Wert bleibt konstant - knochenhart!“

Von der Kalkdüngung ist wenig zu halten, weil diese Düngung eine Aktivierung der Vorränge im Boden bewirkt, so daß mehr Nährstoffe auf einmal zur Verfügung stehen, als von den Bäumen aufgenommen werden kann. Die Kalkdüngung führt somit zu Stickstoffverlusten im Boden und belastet gleichzeitig das Grundwasser. Man sieht, mit technischen Mitteln ist es nicht möglich, den Wald wieder in einen gesunden Zustand zu überführen. Das Einzige, was hilft: „Unsere Luft muß sauberer werden.“ Dieses Ziel anzustreben ist unsere Aufgabe, in allen Bereichen der

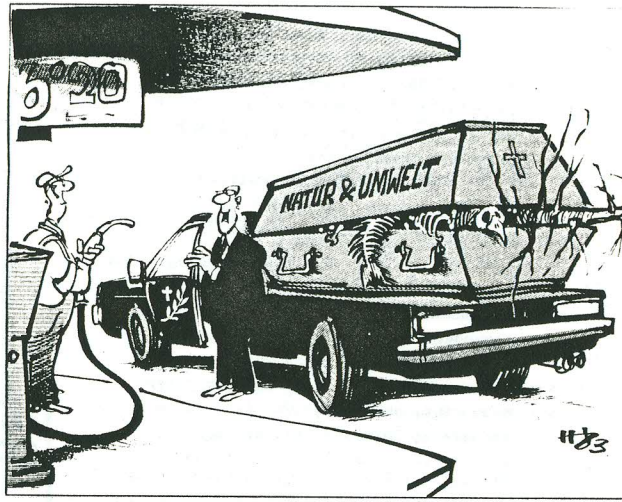


Gesellschaft und auf jeder Ebene der Politik. Anfangen können wir selbst mit gezielten Aktionen in GMHütte, also auf kommunaler Ebene. Auch wenn die Aktionen nicht direkt zur Luftreinigung beitragen, fordern sie in den entscheidenden Gremien einen Prozess des Umdenkens heraus. Auch wenn diese Wandlung nur aus Angst um Wählerstimmen oder Profite zustande kommt. Weitergehen muß es mit Aktionen auf breiter Ebene, um endlich sinnvolle Gesetzesregelungen zu bekommen.



Gesetzliche Maßnahmen

Maßnahmen, nicht nur Luftreinhaltung:
Umweltverträglichkeitsprüfungen sind für alle öffentlichen und privaten Vorhaben von einer bestimmten Größenordnung an durchzuführen.
Umweltfreundliche Produkte ist der Vorrang einzuräumen.
 Der Umweltschutz als Staatszielbestimmung ist im Grundgesetz zu verankern.
Bleifreies Benzin ist steuerlich zu begünstigen.
 Der Ausbau von Fernwärmenetzen wird gefördert.
Produktions- und Anwendungsverbote (z.B. für PCB) werden erlassen.
 Der Vorrang der „Landseitigung“ von gefährlichen Abfällen“ ist durchzusetzen und jegliche Verklappung von gefährlichen Stoffen zu verbieten.



„Bleifreies, bitte“

Friede mit der Natur

Das Wattenmeer ist von den Niederlanden bis Dänemark unter Naturschutz zu stellen. Der Einsatz von Luftkissenbooten im Wattenmeer ist zu verbieten.
 Für das Überfliegen des Wattenmeeres mit Sport- und Militärflugzeugen müssen Mindesthöhen angesetzt werden, um die Störungen der Tierwelt auszuschließen.
 Alte Sondermüllablagerungen und andere Wasserkontaminationen (sogenannte Altlasten) müssen systematisch erfaßt werden und gegebenenfalls saniert werden.
 Der weiteren Zersiedlung der Landschaft muß Einhalt geboten werden.
 Verstöße gegen Naturschutzgesetze sowie Biotop- und Artenschutzbestimmungen sind zukünftig nicht mehr als Ordnungswidrigkeiten, sondern als Straftatbestände aufzufassen und nach dem Strafgesetzbuch zu ahnden.
 Die Pflichte der Naturschutzgebiete ist zu vergrößern.
 Mindestens im Rahmen des experimentellen Städtebaus sind die Möglichkeiten des ökologischen Wohnungs- und Städtebaus zu erproben. Grün an den Häusern und in den Wohngebieten macht diese nicht nur wohnlischer, sondern hilft auch Energie sparen.
 Der Wiederverwertung von Altstoffen ist Vorrang einzuräumen (Recycling).
 Der Fahreranteil bei Verpackungen für Getränke ist zu steigern.
 Ein Rücknahmeverbot für umweltschädliche Produkte, z. B. Batterien und Arzneimitteln, ist erforderlich.

Damit genug! Um diese, inzwischen auch von der SPD-Bundestagsfraktion voll befürworteten Maßnahmen, verarbeitet im Arbeitsprogramm mit dem Titel „Friede mit der Natur- Für eine umweltverträgliche Industriegesellschaft“, keine Bräumerien bleiben zu lassen, gilt es, wenn nötig mit Druck, diese Ausführungen zu Gesetzen werden zu lassen, an die man sich zu halten hat. Aber der Weg bis zu diesen Gesetzen ist mit Kleinarbeit geflastert. Hiermit wird jeder zur Mithilfe aufgefordert!
 Unser Wald, die Flüsse und auch schon unsere Babies schreien laut nach Hilfe. Helfen wir, solange sie noch schreien können!



High noon in Kloster-Oesede

Erregter Wortwechsel. Der Mann am Mikrofon wird durch zornige Zwischenrufe aus der Zuhörerschaft unterbrochen, setzt neu an, wird durch das Publikum wiederum unterbrochen, so daß er nur noch mit Mühe den „roten Faden“ seines Vortrages weiterspinnen kann. Als er es doch versucht, verläßt ein Teil der Zuhörerschaft unter lauten Protesten den Raum.

Eine Szene aus einer hitzigen Debatte des Bundestages? Ein dramaturgisch gelungenen Einfall eines Regisseurs in einem oberbayrischen Bauerntheater? Eine Auseinandersetzung auf einem Bezirksparteitag der Grünen? Nichts von alledem: Die Szene spielte sich - wer Ohren hat zu hören, der staune - in der katholischen Pfarrkirche St. Marien in Kloster-Oesede ab. Der Mann am Mikrofon war niemand anderes als Pastor Friedel Schönhoff, der von der Kanzel aus einen Beschluß der Pfarrgremien über Maßnahmen gegen die örtliche KJG und die Herausgeber der Jugendzeitung „Sprachrohr“ verlas. Das ganze geschah nicht in der Phantasie eines begabten Autors sondern hier in unserer Stadt - Anno Domini 1984!

Die Katholische Junge Gemeinde (KJG), ein von der Pfarrgemeinde relativ unabhängiger, auf Bundesebene organisierter Verband katholischer Jugendlicher ist seit langem wegen seiner recht fortschrittlichen Interpretation katholischen Gedankengutes der hiesigen Kirchenleitung ein Dorn im Auge. Seit die KJG sich aber auch in kommunalpolitischen Fragen (Freizeitpark, A-33, Ostermarsch, Atomwaffenfreie Zone, Dütman-Supermarkt usw.) zu Wort meldet - noch dazu mit Ansichten, die der CDU-Politik in Gmhütte frontal widersprechen - wird systematisch versucht, den Einfluß des Jugendverbandes zu brechen.



aus kirchlicher Sicht: die Sprachrohrredaktion!

Nach einem Sommerzeltlager kamen aus unbekannter Quelle Gerüchte über „Ausschweifungen und Vorfälle“ in Umlauf, insbesondere wurde gemunkelt, daß Jungen und Mädchen gemeinsam... Fix ließ die Pfarrleitung alles untersuchen - wochenlang. Obwohl sich schnell herausstellte, daß an den Gerüchten nichts dran war, mußte ein KJG-Leiter erst mit seinem Anwalt drohen, damit der Pastor die Untersuchungen für beendet erklärte.

Nach einigen angeblichen „Alkohol-Vorfällen“ im Edith-Stein-Haus wurde dann im letzten Sommer der KJG untersagt, für ihre Glaubenswoche dieses Gemeindezentrum zu nutzen. Die Veranstaltungen der Glaubenswoche mußten dann auf einer kurzfristig gepachteten Wiese unter freiem Himmel stattfinden! Trotz vielfältiger Vermittlungsversuche und -angebote und mehrerer Gespräche der KJG-Leitung mit Pfarrgemeinderat, Kirchenvorstand und Pastor ist es seither zu keiner Verbesserung des Klimas in der Gemeinde gekommen.



Verschärft wurde der Konflikt zudem durch die Mitarbeit etlicher KJG-Mitglieder bei der von der Pfarrleitung mißtrauisch begühten Jugendzeitung „Sprachrohr“. Diese Zeitung - Nachfolger des in Kloster-Oesede inzwischen legendären „Igel“ - wird bei einer Auflage von gut 1000 Exemplaren von sicherlich zweieinhalb- bis dreitausend „Klosteranern“ gelesen. Die kritische Grundhaltung des „Sprachrohr“ war schon häufiger Anlaß zu repressiven Maßnahmen der Kirchenleitung - Verbot eines Standes auf dem Pfarrfest, Verbot des Verteilens vor der Kirche -, in den letzten Wochen aber wurde der große Hammer geschwungen: Die Redaktion darf das Edith-Stein-Haus nicht mehr betreten; das „Sprachrohr“ darf sich nicht mehr „Zeitung der katholischen Jugend Kloster-Oesedes“ nennen und allen Kirchgängern wurde von der Lektüre der Zeitung offiziell abgeraten. Schließlich wurden alle Inserenten des „Sprachrohr“ angeschrieben und gebeten, auf weitere Anzeigen zu verzichten, da der Inhalt des „Sprachrohr“ mit der Meinung der Kirchenleitung nicht übereinstimme.

High noon in Kloster-Oesede

Als alle diese Maßnahmen gegen KJG und "Sprachrohr" von Pfarrgemeinderat und Kirchenvorstand beschlossen worden waren und von Pastor Schönhoff während des Sonntagsgottesdienstes von der Kanzel verlesen wurden, hatten endlich auch viele ältere Gemeindeglieder von der Konflikt-Strategie ihrer Gemeindeleitung genug und es kam zu den eingangs beschriebenen Szenen.

Wie es weitergehen wird, ist noch nicht klar. Einerseits bildet sich zur Zeit eine Gruppe von (erwachsenen) "Unterstützern der KJG", die die Position des Jugendverbandes in den anstehenden Gesprächen mit der Kirchenleitung unterstützen wollen. Andererseits scheint Pastor Schönhoff den Plan zu verfolgen, eine von der KJG unabhängige, "anpassungsfähigere" Pfarrjugend aufzubauen.

Schufa

Von der 'Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung' (Schufa) sind Millionen Bürger erfasst. Bei jedem, der ein Konto o.ä. eröffnet, einen Kredit aufnehmen will, wird seitens der Bank bei der Schufa nachgefragt. Andererseits werden die Daten bzgl. der Kreditwürdigkeit, der vorhandenen Konten usw. bei der Schufa gespeichert. Wer wissen will, was über ihn gespeichert ist, kann sich bei der Schufa erkundigen und z.B. folgenden Brief schreiben:

"Sehr geehrte Damen und Herren, unter Berufung auf das Datenschutzgesetz (§ 34) bitte ich Sie um folgende Auskünfte:

1. Welche Daten haben Sie über mich gespeichert? Bitte vollständige Angaben.
 2. Aus welchen Quellen haben Sie diese Kenntnisse erhalten?
 3. An welche Personen, Firmen oder Institutionen haben Sie diese Informationen weitergegeben?
- Falls mir durch diese Auskunft Kosten entstehen sollten, teilen Sie mir bitte den Betrag vorher mit.
Hochachtungsvoll"

Adresse der Schufa z.B.:
Bankplatz 8, 3300 Braunschweig
Georgsstr. 11, 3000 Hannover 1
Wahmstr. 13/15, 2400 Lübeck
Schillerstr. 17, 4500 Osnabrück

Seine Taktik ist dabei nicht ungeschickt: Es gibt neuerdings wieder häufiger spezielle Jugendmessen; Samstags gibt es um 6 Uhr morgens eine "Frühbesinnung" auf der Klosterdielen mit anschließendem Frühstück; "Jugendliche der Gemeinde" dürfen im Klostergebäude eine Indienaustellung zeigen und in seinen Predigten prangert Pastor Schönhoff ganz progressiv und "jugendgerecht" die "umweltzerstörende Wachstumsgesellschaft" und das "unmenschliche Wettrennen" an.

Wer in diesem Konflikt letztlich die Oberhand behält, ob die KJG mit Hilfe ihrer erwachsenen "Unterstützer zumindest ihre Existenz sichern oder ob Pastor Schönhoff der Aufbau einer "gewendeten" Pfarrjugend gelingt, die der KJG die Mitglieder abwirbt, erscheint heute noch völlig offen.

ALTERNATIVE STADTRUNDFAHRT

Am Samstag, dem 12. Mai findet die alternative Stadtrundfahrt der Jusos statt. Alternativ, weil nicht die herkömmlichen Sehenswürdigkeiten unserer Stadt gezeigt werden, sondern die Versäumnisse, Fehler und Schwächen unserer "Stadt im Grünen": die geplante neue Trasse der B 51; das Baugebiet "Hohe Linde"; die A 33; die Begradigung der Düte und vieles mehr. Die Abfahrt ist um 14⁰⁰ Uhr vom Parkplatz hinter dem Rathaus. Diese Fahrt kostet für Verdiener 3,-- DM und für Nichtverdiener 2,-- DM. Anmeldung bei Frank Woike

4504 Georgsmarienhütte
Graf-Stauffenberg-Str. 43



Unternehmerstaat

Die Argumente für und gegen die 35h - Woche sind oft genug ausgetauscht worden. In unserer Partei sollten die Gewerkschaften volle Unterstützung vorfinden. Wie ja auch die Solidarität zwischen den Einzelgewerkschaften, allen Unkenrufen zum Trotz, ungebrochen ist. Die letzte Zeit hat aber deutlich gemacht, daß es den Kapitalisten und ihrer Regierung längst nicht mehr um die Verhinderung von Arbeitszeitverkürzung geht. Einzelne Unternehmen haben schon Wochenarbeitszeitverkürzungen angeboten. Früherer Einstieg in die Rente, bis zum letzten Jahr noch ein Tabu, ist kein Problem mehr. Nur die 35h - Woche generell eingeführt, stößt auf den konzentrierten Widerstand der Unternehmer und der Rechtsregierung. Dabei bestätigen sogar konservative Wirtschaftsinstitute, daß die 35h - Woche ein Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit ist, nur die Finanzierung ist noch umstritten. Obwohl nun die IGM erkennen läßt, daß

UNKENNTNIS

Was diese neue Rechtsregierung nun vorführt, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik wohl noch nie gegeben. Noch nie hat es eine Regierung gewagt, in so massiver Weise in die Tarifautonomie einzugreifen. Noch nie hat eine Regierung in so höhnischer Weise gewerkschaftliche Forderungen verunglimpft. Der Graf Lambsdorff: "Über die fünf Stunden weniger pro Woche lachen ja die Hühner." Der beste Schüler des Grafen, Arbeitsminister Blüm: "Käme die 35h - Woche, dann müßte für viele Betriebe gleich die letzte Ölung mitgeliefert werden."

sie bereit, ist über einen Stufenplan zu reden, so daß die Kosten über Jahre verteilt nicht mehr ausmachen, als die letzten Lohnerhöhungen, die 35h - Woche wird aus Prinzip abgelehnt.

Der Verdacht kommt auf, nein, es ist schon Gewissheit, daß es den Reaktionären in diesem unserem Lande um etwas anderes geht. Es geht um einen anderen Staat. Obwohl vieles zu wünschen übrigbleibt,

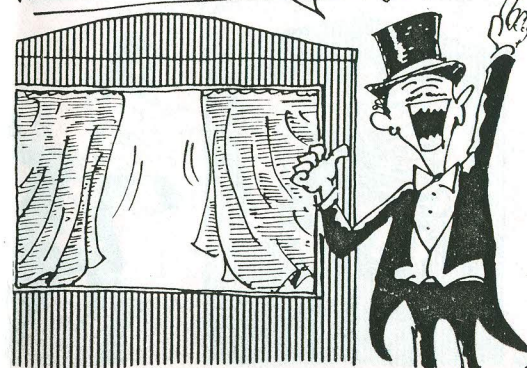
Die soziale Absicherung und die rechtliche Stellung der Arbeitnehmer in unserem Land ist - noch - relativ gut.

Man muß es zugeben, unter dem Druck der FDP und des CSU/CDU Bundesrates hat sich die SPD hinreißen lassen, Einschnitte ins soziale Netz zu machen. Sie hat es nicht verstanden, die Montanmitbestimmung auf Dauer zu sichern. Die Mitbestimmung nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz verdient den Namen Mitbestimmung nicht.

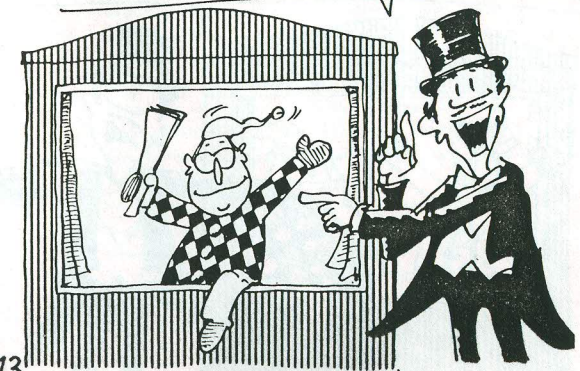
Und natürlich die geistig moralische Wende persönlich, Birne der Kanzler. Hinterwäldlerisch poltert er: "Die 35h - Woche ist absurd, ist töricht, ist dumm." Unverfroren greift Kohl in die Tarifautonomie (vom Grundgesetz garantiert) ein und verletzt seine Neutralitätspflicht als Kanzler. Doch das stört den überfliegenden Generalisten nicht. Glaubt er doch, von Wirtschaft und Gewerkschaften nichts verstehen zu müssen.

So bescheinigt dann auch der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Fehrenbach, seiner eigenen Partei, der CDU, und dem Kanzler Unkenntnis: "Die Leute in der Regierung verstehen nicht von Gewerkschaften und ihren Bedürfnissen."

Hereinspaziert! Hereinspaziert!
Hier wird Euch etwas vorgeführt!



Der Kasper ist ein tapfrier Mann,
bekämpft das Böse, wo er kann!



Unternehmerstaat

Doch der knochenharte Konfrontationskurs der Regierung gegen die Gewerkschaften ist keineswegs nur in Unkenntnis und mangelnden Verständnis begründet. Es geht um mehr. Die Rechtsregierung will die Gewerkschaften schwächen, ja sie spalten. Mit dem Köder einer Vorruhestandsregelung möchte der Arbeitsminister jene fünf Einzelgewerkschaften, die vorrangig eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit fordern, aus der gewerkschaftlichen Solidarität herauslocken. Hilfsdienste der Schwächung der Gewerkschaften und zur Stärkung der Unternehmer leistet Blüm schon von Anbeginn der Wende-Regierung. Lamsdorffs Musterschüler vollstreckte artig die soziale Demontage, die der Wirtschaftsminister gemeinsam mit Finanzminister Stoltenberg im Auftrag der Unternehmer beschlossen hatten. Das Dreiergespann sammelt Milliarden ein: bei den Arbeitslosen, Rentnern, Sozialhilfeempfängern, Behinderten, Schülern, bei den berufstätigen Müttern, Studenten und arbeitslosen Jugendlichen.

Einige dieser Milliarden schiebt die Regierung den Unternehmern und Reichen (Senkung der Vermögenssteuer) zu. Die Methode der Umverteilung von unten nach oben funktioniert so gut, daß der Finanzminister Ende 1983 sogar über neun Milliarden Mark übrig hatte.

Schon mit den drastischen Kürzungen bei den Sozialleistungen legte sich die Regierung ganz beaußt mit den Gewerkschaften an. Einen weiteren Rundumschlag gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen bereitet wieder Sozialabbauminister Blüm vor. Mit dem Gesetz zur „Förderung der Beschäftigung“ höhlt er den Kündigungsschutz aus, begünstigt Kettenarbeitsverträge und Leiharbeit, will kranke Arbeitnehmer teilarbeitsfähig

schreiben lassen, knüpft Kleinverdienern (auch Lehrlingen) Sozialversicherungsbeiträge ab, rechnet Kur- und Schonzeiten auf den Urlaub an und beschneidet die betriebliche Altersversorgung. Außerdem baut er den Arbeit- und Gesundheitsschutz für Jugendliche und Frauen ab. Weiterhin soll die Mitbestimmung im Betrieb abgebaut werden. Ohnehin unzureichend, soll durch Sprecherausschüsse für die leitenden Angestellten die einheitliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb zerfallen werden. Neben einem Betriebsrat für das Fußvolk wird noch eine Luxus-Ausgabe für die leitenden Angestellten eingerichtet.

Das ist aber nur der erste Schritt; mit dem zweiten, der sich noch frontaler gegen die Gewerkschaften richtet, hält sich die Kohl-Regierung noch zurück. In Lamsdorffs Schublade schlummern schon Pläne für ein Verbändegesetz, mit dem der Graf die Gewerkschaften an die Kandare nehmen will.

Um ihre gewerkschaftsfeindliche Stoßrichtung zu verschleiern, behauptet die Rechtsregierung, die Gewerkschaften bekämpfen mit der 35h-Woche die Bundesregierung. Das Gegenteil ist der Fall. Die CSU/CDU/FDP-Regierung ist in Kampfstellung gegen die Gewerkschaften gegangen. Angesichts von 2,5 Mill. Arbeitslosen, rechnet die konservative Regierung mit der Angst jener, die noch Arbeit haben. Sie setzt darauf, daß die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Solidarität der Arbeitnehmer zerbricht und so die Gewerkschaften schwächt. Die Regierung verfolgt die Strategie, die Gesellschaft der Bundesrepublik zu entsolidarisieren und sie aufzuspalten in eine Mehrheit, die Arbeit und teilweise gutes

UNTERNEHMERSTAAT

Einkommen hat, und in eine Minderheit zu der Arbeitslose, sozial Schwache und Behindete gehören. Gegen diese Aufspaltung der Gesellschaft stehen die Gewerkschaften. Nur wenn ihre Kraft geschwächt wird, kommen die Konservativen ihrem politisch-ideologischen Ziel näher. Deswegen versucht die Kohlregierung die Auseinandersetzung der Tarifparteien um die 35h - Woche zu nutzen, den Gewerkschaften eine Schlappe beizubringen. Deswegen die Blockbildung zwischen Regierung und Arbeitgebern. Die Kohlregierung will gar nicht vermitteln oder mäßigend auf die Tarifparteien einwirken, sondern es in enger Komplizenschaft mit den Unternehmern auf eine große Kraftprobe mit den Gewerkschaften ankommen lassen.

Arbeitgeberpräsident Esser zeigt daher Härte: „In der Frage der 35h - Woche kann es keinen Kompromiß geben.“



Schiedsrichter Kohl spielt Bälle zu

Streik wollen die Arbeitgeber mit Ausspernung beantworten. Die Verschärfung paßt der reaktionären Bundesregierung ins politische Konzept. Sie betreibt halt Klassenkampf von oben.

DER KAMPF MUSS WEITER GEHEN

Vielen Genossen und besonders Genossinnen ist der Kampf der Gewerkschaften um die 35h - Woche nicht konsequent genug. Die Genossinnen haben ja auch recht. Die 35h -Woche bringt für Frauen unmittelbar keine Verbesserung ihrer Situation in der Arbeitswelt. (Abgesehen von den Verbesserungen, die auch die Männer haben.) Besonders für Frauen, aber auch für Männer kann es interessant sein, ihren Job zu teilen oder ihre Arbeit flexibel einzuteilen. Nun muß aber gesagt werden, daß die Angebote der Unternehmer zur Job-Teilung und Teilzeitarbeit nicht ausreichen. Die flexible Arbeitszeit, von den Unternehmern angeboten, kann bei genauerem Hinsehen nur Horror auslösen.

Was bleibt also zu tun.

Zuerst einmal müssen alle diese Arbeitsformen rechtlich abgesichert werden. Keine(r) darf unter den Sozialversicherungspflichtsatz fallen z. B..

Weiterhin, und das ist Aufgabe der Gewerkschaften, muß dafür gesorgt werden, daß die kürzere Arbeitszeit nicht nur zu Arbeitsintensivierung führen. Es müssen Arbeitsbedingungen für jeden Arbeitsbereich definiert werden. Es darf nicht passieren, daß Teilzeitarbeiter in ihrer kürzeren Arbeitszeit so ausgepreßt werden, daß weiteres Arbeitsvolumen abgebaut werden kann.

Man muß sich auch im Klaren darüber sein, daß die Unternehmer schon längst Pläne in den Schubladen liegen haben, um die neuen Techniken unternehmergerecht einzuführen. Es gibt ja heute schon Arbeitsplätze, die von höchstens bis zu sechs oder sogar nur

vier Stunden pro Tag aushält. Wenn diese Entwicklung anhält, und sie wird es, dann können Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich keine Lösung sein.

Unbestritten sind doch die meisten Arbeitnehmer auf ihren vollen Lohn angewiesen. Ob Frau oder Mann.

Einzige Lösung kann nur sein: die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Das hier die 35h - Woche nicht reicht, ist natürlich klar. Der Vater der katholischen Soziallehre spricht dann auch von einer 20h - Woche und weniger.

Es gibt also eigentlich nur zwei Alternativen:

Entweder eine Gesellschaft, die aufgeteilt ist in eine Klasse der Vollzeitarbeiter mit einigermaßen gutem Einkommen, und in eine Klasse von Menschen, die entweder keine Arbeit hat oder nur wenig bei entsprechend geringem Einkommen. Das eingesparte Geld könnte dann, nein müßte dann, zur Sicherung der Besitzenden eingesetzt werden. Polizei, totale Überwachung der sozial Schwachen wäre nötig. Amerika zeigt uns den Weg.

Oder eine Gesellschaft, in der alle weniger arbeiten mit ausreichenden Einkommen. Wo sich natürlich z. B. Partner einen Job teilen könnten, oder Asketen nur soviel arbeiten wie nötig ist.

Die Endforderung müßte sogar bei weiter steigender Rationalisierung ein arbeitsunabhängiges Einkommen sein. Es gibt ja schon jetzt Fabriken ohne menschliche Arbeitskräfte, also auch ohne Verbraucher, welche die hergestellten Güter kaufen

Und hier seht Ihr im Stück den Bösen! Jetzt haut er zu! Und wie! Und wie!
Von dem soll Kasper uns erlösen!
So einen Kasper gab's noch nie!





FRIEDENSClub VORWÄRTS GEORGSMARIENHÜTTE

Der Friedens-Club Vorwärts Georgsmarienhütte hat einen neuen Vorstand:

1. Vorsitzender - Rainer Korte
 2. Vorsitzender - Renä Krekelaar
- Schatzmeister - Klaus Hengelbrock
Geschäftsführer - Hermann Raufhake
Beisitzer - Andreas Rohleder

Trotz steigender Mitgliederzahlen bekommt der neue Sportverein keine größeren Hallen von der Stadt zugewiesen. Alle Hallen sind belegt.

Sonntags und Samstags z.B. durch jeweils 2 Leute, die einen kleinen Ball über ein Netz kloppen, während 20 Sportler vor den Toren stehen.

Nichtsdestotrotz hat wenigstens die Tischtennisabteilung Platz für ihren Sport. Jeden Montag in der Zeit von 18 bis 20 Uhr, im Gymnastikraum der Marienschule.

Weiter plant der F.C.Vorwärts, in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt, für Behinderte Sportmöglichkeiten anzubieten.

Für den Herbst dieses Jahres sind eine Ausstellung über die Arbeitersportvereine vom Landessportbund Nordrhein-Westfalen,

und eine Veranstaltung mit der Initiative Sportler für den Frieden geplant.

Hundert begeisterte Zuschauer erlebten das erste Hallenfußballturnier des F.C. Vorwärts. Zehn Mannschaften, darunter Werksmannschaften, politische Mannschaften, Ausländer und Privatmannschaften nahmen teil.

Mit teilweise wahnsinnig originellen Namen:

- Lokomotive Schweinekamp;
- Pflinke Füße;
- A.C. Abwärts.
- Friedenskotten;
- Deutsch-Israelische-Freundschaft;
- Jugendzentrum;
- Falken;
- F.C.Opel;
- KJG-Kloster Desede;

Und die Jungs, die frecherweise sich soviel Spieler vom F.C.Vorwärts "auslieh", daß keine Mannschaft vom F.C.V. auftreten konnte.

Sieger wurde die Mannschaft vom Friedenskotten im Finale gegen Lok Schweinekamp. Obwohl sich der ehemalige Vorsitzende eine Flasche Sekt klauen ließ, es wird in naher Zukunft ein weiteres Turnier geben.

Die Abonnentenzahlen steigen!

Trotzdem brauchen wir mehr. Wer unsere Zeitung für sinnvoll hält, sollte sich nicht zurückhalten.

Jede Zeitung braucht Abonnenten, um ihre Finanzierung zu sichern. Die „ZdJ“ besonders, weil wir grundsätzlich keine Anzeigen in unsere Zeitung aufnehmen.

Hiermit abonniere ich die „ZdJ“ ab Nr. 21.

Für ____ Nummern und DM ____ .

Name: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Daß Abonnement gilt für sechs Nummern der "ZdJ".

Der Mindestbetrag ist für sechs Nummern 5,- DM.